

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Bezugspreis beträgt in allen Staaten einjährig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 16699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Spezialstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 25. Juli 1928

Nummer 172

Die KPD fordert Einberufung des Landtags

Wichtige Amnestieforderung in Dresden / Streit der Saarbergarbeiter / Krassin sucht weiter nach Amundsen
Revolutionäre Streibewegung in Indien und Argentinien

Schwerer polnisch-litauischer Konflikt

Tödliche Schüsse an der Grenze.

Am Grenzgebiet zwischen Polen und Litauen ist unter der Bevölkerung Panik ausgebrochen, da Meldungen von einem schweren Zusammenstoß zwischen einer polnischen Grenztruppe und litauischen Schützen eingetroffen sind. Die polnische Presse stellt den Vorfall folgendermaßen dar: Beim Abstreifen der Grenze bei Neutroki wurde die polnische Grenztruppe von litauischen Schützen aus dem Hinterhalt beschossen. Ein polnischer Soldat wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt. Weitere Meldungen besagen, daß die Litauer an der polnischen Grenze große Mengen regulärer Truppen und Schützen konzentrieren. Diese offensichtlichen Kriegsvorbereitungen werden in ihrem drohenden Charakter noch darin gekennzeichnet, daß eine neue Terrorwelle in Litauen sich nicht allein, wie bisher, gegen die Kommunisten, sondern auch gegen noch proletarisch eingestellte Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei richtet.

III. Kowno, 23. Juli. In verschiedenen Teilen Litauens sind die Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei auf administrativem Wege aufgelöst worden. In den Kreisen Telski, Troki, Schali und Reidani sind fast alle Abteilungen der Partei von der Polizei geschlossen worden. Auf ähnliche Weise wird in letzter Zeit auch gegen die fortwährenden und christlichen Jugendverbände vorgegangen.

So quittieren die litauischen Genossen die Hilfsdienste der Vertreter, die jederzeit bei der Verfolgung und Vernichtung kommunistischer Organisationen und ihrer Führer als Denunzianten und Söldner des litauischen Faschismus tätig waren.

Eine Massenforderung in Dresden

Tausende begrüßen die Amnestierten — Treuebündnis zur Kommunistischen Partei — Telegramm an den Weltkongreß der KJ und an Max Hoelz

Dem Ruf zur Begrüßung der amnestierten Genossen hatten Tausende Folge geleistet. Vom Freiburger Platz aus bewegte sich ein imposanter Zug unter Führung des KJ und unter Mitführung eines Waldes roter Fahnen und Transparente am Wettinerbohnweg nordwärts, über die Marienbrücke zum Reichsbanner am Bischofsplatz. In den Arbeitervierteln bildete eine dichte Menge Spalier. Als der Zug gegen 20 Uhr im Reichsbanner eintraf, war der Saal bereits überfüllt. In Tausenden lebte der brennende Wunsch, den amnestierten Genossen ins Auge zu sehen und mit ihnen den Treueschwur zur Partei zu wiederholen. Infolgedessen mußte eine Parallelversammlung auf dem Bischofsplatz abgehalten werden. Im unsicheren Licht der Gaslaternen leuchteten die Massen Kopf an Kopf unter freiem Himmel wie eine Mauer gegen die Schande und Schmach der Klassenjustiz. Im Reichsbanner begrüßte der Gen. Wehner, rote Hilfe, die amnestierten und aus Kerkermauern durch den Massenbrand des Proletariats befreiten Genossen Hölzel, Henkel und Schuster. In kommenden Worten wies er darauf hin, daß es nicht der parlamentarische Schacher und diplomatische Kuhhandel der SPD gewesen sei, der die Vorkämpfer des Proletariats wieder in die Ketten der Klassengehens gestellt habe, sondern die Solidarität der Arbeiterklasse, der kommunistischen, unter den ansehnlichen Zurufen ihrer Führer, der sozialdemokratischen gegen den Willen dieser ihrer früheren Führer, Genosse Wehner brandmarkte das schändliche Verhalten. Genossen und Radbrüder, die aus formellen Gründen beabsichtigt hätten, die Amnestie zu sabotieren, welcher Versuch von der SPD jetzt aber in ein unbedingtes Bemühen umgewandelt werden sollte.

Die Massen bestätigen empört, daß sie die Demagogie der SPD-Führer durchschauen. Vertreter des KJ, KJW, des Jungpartakus und des Internationalen Bundes der Kriegsoffer übertrugen den entsetzten politischen Gefangenen Blumen und das Versprechen, immer bewußt zu sein des Wertes: „Kämpfen mit jedem Atemzug und bereit zu sein zu leben und zu sterben für unsere Sache.“

Für die internationale Solidarität des Proletariats, für Befreiung der proletarischen Opfer der Vorkämpfer, für die Distanzierung des weltverhabsenen Proletariats gegen den Imperialismus und für die Einheitsfront. Glühenden Ausbruch verließ diesen Genossen, die die Massen durchlebten, der eine Genosse Strzalewicz. Das rote Feuer (Johannes K.) handelte bereit zur Begrüßung der Amnestierten (Strzalewicz). Stehend nahmen die Massen eine Resolution

Ein kommunistischer Auflösungsantrag

Dresden, 25. Juli.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat gestern von dem Landtagspräsidenten Schwarz in folgendem Schreiben die Einberufung des Sächsischen Landtages gefordert. Das Schreiben der kommunistischen Landtagsfraktion hat folgenden Wortlaut: Die sächsische Regierung hat im Reichsrat bei der Abstimmung über die Lohnsteuererleichterung gegen dieselbe gekümmert. Die Haltung der Regierung veranlaßt die kommunistische Landtagsfraktion, zu fordern, daß der Landtag zusammentritt. Wir bitten Sie für Dienstag den 9. August 1928 eine Vollziehung mit der Tagesordnung:

1. Mißtrauensantrag gegen die Heßli-Regierung,
 2. Auflösung des Landtages,
- angabernommen.

Entsprechend diesem Schreiben hat die Landtagsfraktion der KPD gestern durch den Genossen Böttcher einen Mißtrauensantrag gegen das Heßli-Kabinett und einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht.

Die demokratischen Mitglieder der sächsischen Bürgerblockregierung, die das Zustandekommen und die Existenz der Heßli-Regierung ermöglichten, jede ihrer Schandtat gegen die Arbeiterklasse mitmachen, haben bekanntlich durch die Neue Leipziger Zeitung am Sonnabend die Forderung nach Zusammentritt des Landtages erhoben, um der sächsischen Regierung wegen ihrer Haltung in der Lohnsteuererleichterung ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Es geht doch wirklich nichts über eine solche demokratische Unverschämtheit. Selbstverständlich hat die Handvoll Kitzler im Sächsischen Landtag die entsprechende Schlussfolgerung nicht gezogen. Vor der Tat schreckt das mutige demokratische Herz zurück.

Genau die demokratischen Teilhaber der sächsischen Heßli-Regierung fürchten die Abrechnung. Sie wissen, daß der Be-

stand dieses reaktionären Regierungsgebildes nicht mehr noch allzu langer Dauer sein kann. Mit diesem Bluff möchten sie sich für die kommende Koalitionsregierung oder falls es doch zu Landtagswahlen kommt, bei den Wählern in empfehlende Erinnerung bringen.

Der kommunistische Antrag durchkreuzt das Spiel dieser geizigen Demagogen. Sie müssen jetzt Farbe bekennen. Der Mißtrauensantrag der KPD gegen die Heßli-Regierung wird die demokratische Heuchelei bloßstellen.

In der bürgerlichen Presse, auch außerhalb Sachsens, ist die Frage der Regierungsumbildung und in den letzten Tagen auch eine eventuelle Auflösung des Sächsischen Landtages eifrig diskutiert worden. Nach dem Wahlergebnis vom 20. Mai erhob zunächst die demokratische Presse die Forderung, daß eine dem Wahlergebnis entsprechende Umbildung der sächsischen Regierung erfolgen müßte. Die SPD wurde in Sachsen in aller Form zur Großen Koalition eingeladen. Die bürgerlichen Parteien versuchten die katastrophale Niederlage der USPD zu einer Stärkung ihres Einflusses in der Regierung auszunutzen. In den Dresdner Kreisen Nachrichten wurde Herr Heßli ganz offen nahegelegt durch einen wirklich staatsmännlichen Akt den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, und seinen Platz zu räumen. Die Hausmacht der sächsischen Reaktion bekamen den wohlverdienten Fußtritt.

Nach dem Zustandekommen der „Regierung der Köpfe“ im Reich ist auch die Frage der Regierungsumbildung in Sachsen immer mehr in den Vordergrund gedrängt worden. Hier und dort, nicht nur in demokratischen, sondern auch in der volksparteilichen Presse wurden deutliche Forderungen ausgesprochen, um bei der SPD abzutreten. Den sächsischen „Linken“ wurde nahegelegt, angesichts des Koalitionsstadiums im Reich, doch nun endlich „vernünftig“ zu werden und in Sachsen, eine tragfähige Regierung zu schaffen. Die SPD in Sachsen aber mußte der Massenstimmung Rechnung tragen. Der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter ist zu stark, als daß die SPD-Führer zur Zeit eine Koalitionsregierung unmöglich sei. Damit wurde die prinzipielle Bereitschaft zur Koalition nach Neuwahlen deutlich unterstrichen.

Die bürgerlichen Parteien haben für die schwierige Lage der SPD-Führer in Sachsen ein gutes Verständnis. Um den Koalitionsbereiten „Linken“ die Lage zu erleichtern, wird jetzt nicht nur in der demokratischen, sondern auch in der volksparteilichen Presse der Gedanke der Landtagsauflösung im Herbst auf die Tagesordnung gestellt. Damit wird zugleich ein harter Druck auf die allsozialdemokratische Renegatengruppe ausgeübt.

Inzwischen haben, wie unser Chemnitzer Bruderblatt Der Kämpfer zu melden wußte, zwischen dem Parteivorstand und der Beibehaltung interne Verhandlungen stattgefunden, die der Rückkehr der KPD in die SPD zur Grundlage hatten und die als Konzession an die USPD einige Mandate bei den künftigen Landtagswahlen versprochen worden sind. Diese Meldung, die sowohl vom Volksstaat als auch der Dresdner Volkszeitung „dementiert“ wurde, ist inzwischen durch das Zentrumsorgan „Laut“ bestätigt worden. Woran es dem Parteivorstand mit dieser Verhandlung ankam, ist — die Konsequenzen der Koalitionspolitik im Reich auch in Sachsen zu ziehen, hier wie in Preußen zum Herbst die parlamentarische Basis zu verbreitern. Das aber kann nur geschehen durch die Festlegung der SPD in Sachsen auf den Koalitionskurs. Die prinzipielle Bereitschaft dafür liegt ja vor. Woran es den linken Strategen noch ankam, ist nichts anderes als ein geschicktes Mandat durchzuführen, um vor den Arbeitern die „Notwendigkeit“ der Großen Koalition zu begründen.

Die sächsischen „Linken“, die ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Koalitionspolitik vor den Arbeitern mit einigen radikalen Gesten zu verkleiden versuchen, werden unter dem Druck des Parteivorstandes immer heimlicher. Daß sie einen ernsthaften Kampf gegen die Heßli-Regierung ablehnen, beweist ihr Verhalten in allen außerparlamentarischen Kämpfen der Arbeiter. Jetzt versuchen sie durch eine neue „Aktion“ in den Augen der Arbeiter als „hartnäckige Kämpfer“ für die Landtagsauflösung zu erscheinen. Mit ihrer Klage vor dem Staatsgerichtshof auf Ungültigkeitserklärung des Sächsischen Landtagswahlgesetzes verfahren sie den einzig möglichen außerparlamentarischen Kampf zu einer Komödie im Geisteskreis, so daß selbst der Volksstaat erklärt: „Mit harmloseren Spielereien hat sich noch nie eine, noch dazu große, noch dazu sozialistische Partei vergnügt...“

an, die dem 8. Weltkongreß der Komintern telegraphisch übermitteln wird.

Tausende revolutionärer Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens, versammelt zur Begrüßung der aus den Klauen der Justiz befreiten proletarischen politischen Gefangenen, geloben dem Generalführer der Weltrevolution, ihre ganze Kraft einzusetzen, um auch in Deutschland Seite an Seite mit der Sowjetunion gegen Kapitalismus zu kämpfen.

Die Massen gebieten vielfach unter spontanen Zurufen und immer wieder durch Erheben von den Vägen ihre hürdenreiche und schmerzliche Klassenverbundenheit besiegend der amnestierten Genossen Hölzel, Henkel, Schuster, Winkler, der noch nicht befreiten Genossen an ihrer Spitze Margies und der Toten der proletarischen Revolution. Als Genosse Wehner mitteilte, daß Max Hoelz durch seine Frau habe telephonisch seine Grüße übermitteln lassen, und gleichzeitig die Mitteilung, er könne jetzt nicht reisen, weil er im Kerker heruntergewirtschaftet worden sei, erlösch plötzlich der Zuruf: „Wir wollen ihn aber doch noch hier sehen.“ Das Telegramm an Hoelz lautete:

Tausende Dresdner Arbeiter grüßen Max Hoelz und wünschen ihm in ihrer Mitte zu leben.

Die dem Proletariat zu aktiver Mitarbeit wiedergegebenen Genossen berichten über ihre Erlebnisse unter der Wut der Klassenrichter und über die Wirklichkeit des sogenannten „humanen“ Strafollus, der darauf abzielt, die revolutionäre Blut der politischen proletarischen Gefangenen zu dämpfen und die Klassenkämpfer zu willigen Kreaturen herabzumindern. Aber das sei nicht gelungen. Heraus aus dem Kerker und wieder hinein in den Kampf, in die Kleinarbeit, in die Bewegung, in die revolutionäre Aktion. Denn Kommunisten sind Tote auf Urlaub, und die Stunden und Tage sind kostbar. Nach den aufrüttelnden Worten des Landtagsabgeordneten Genossen Schreiber „wollen wir uns nicht gegenseitig trumme Hunde nennen“, sondern uns organisieren, arbeiten und kämpfen bis kein Stein dieses Schandsystems auf dem anderen bleibt. Die Parallelversammlung auf dem Bischofsplatz verlief ebenso erheben und revolutionär wie die im Reichsbanner. Beide Versammlungen klangen aus mit dem impulsiv und machtvoll gelungenen „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. — Dann gingen die Massen langsam und diszipliniert auseinander, um weiterzukämpfen, weiterzuarbeiten, weiterzukämpfen für den letzten Aufstand gegen die letzte Bastille der Konterrevolution und des Kapitalismus.